

Transnational Migration and Multiculturalism. The Case of Israel, Germany and Europe

Veranstalter: Yossi Yonah, Ben Gurion University of the Negev/Van Leer Institute, Jerusalem; Marianne Zepp, Heinrich Boell Foundation, Israel Office

Datum, Ort: 28.11.2011-29.11.2011, Tel Aviv

Bericht von: Marianne Zepp, Heinrich-Böll-Stiftung, Tel Aviv

Die Konferenz „Transnational Migration and Multiculturalism“, die am 28. und 29. November 2011 in Kooperation mit dem Van Leer Institut in Jerusalem und der Heinrich Böll Stiftung in Israel stattfand, widmete sich dem Zusammenhang von Nationalstaat, Einwanderung und dem Verständnis von Multikulturalismus in den beiden Ländern. Beide Staaten, Deutschland und Israel, hätten ein Law of Return, ein Grundsatz, der die Einwanderung nach ethnischen Grundsätzen regle. Daher seien sich die beiden Länder in ihrer Einwanderungspolitik ähnlich, so die Eingangsthese des Direktors des Institutes, Gabriel Motzkin.

In seinem Auftaktvortrag widersprach RAINER OHLIGER (Berlin) dieser Aussage. Besonders in den beiden letzten Jahrzehnten habe im vereinigten Deutschland eine Abkehr von dieser Vorstellung eines Nationalverständnisses, das auf ethnisch begründeter Zugehörigkeit beruhe, stattgefunden. In seinem Vortrag „Immigration, Belonging and Cultural Diversity: Israel and Germany in a Comparative Perspective“ legte er dar, wie Deutschland sein Staatsbürgerrecht den im Land seit zwei Generationen lebenden Migranten anpasste und sich dem Ideal eines postnationalen Staatsbürgerrecht zumindest angenähert habe. Für Israel diagnostizierte er die Tradition einer Siedlergemeinschaft, die Einwanderung seit ihrem Bestehen forcierte, eine Einwanderung, die allerdings auf der Zugehörigkeit zum Judentum beruhte und weiterhin bestehe. In beiden Gesellschaften sei allerdings heute die ethnische Vielfalt eine soziale Realität, weil auch Israel nach der zweiten Intifada, Anfang des Jahrtausends ausländische Arbeitskräfte (u.a. aus Südostasien) aufnahm und Flüchtlinge aus

Afrika zunehmend in das Land gelangten.

Was dieses Selbstverständnis als Siedlergemeinschaft bedeutet, unterstrich der Philosoph und Erziehungswissenschaftler YOSI YONAH (Jerusalem/ Be'er Sheva), Mitorganisator der Konferenz. Es sei die Erfahrung von Einwanderung, die die Mehrzahl der Israelis teilten. Die Unterschiedlichkeit wiederum der Einwanderungsgruppen werde besonders seit den 1990er-Jahren evident: Die russischen postsowjetischen Einwanderer brächten als eine große Gruppe (1 Million in einem Land von insgesamt 7 Millionen Einwohnern) eine neue Kultur ins Land. Mit ihnen sei ein transnationales Element in die Migrationskultur nach Israel gekommen. Nach wie vor bestehen starke Bindungen nach Russland und die dortige Regierung forcieren die Vorstellung einer russischen Diaspora in Israel und versuche die Auswanderer weiterhin an ihr Herkunftsland zu binden.

In ihrem Beitrag am zweiten Tag der Konferenz ging die Erziehungswissenschaftlerin CHEN TENNBAUM (Be'er Sheva) auf die Einwanderung äthiopischer Juden seit Mitte der 1990er-Jahre ein. Sie vertrat die These, dass durch diese Gruppe afrikanischer schwarzer Juden die Frage des Rassismus in der israelischen Gesellschaft virulent wurde. Von Beginn an sei deren offiziell unterstützte Einwanderung nach Israel nicht unumstritten, Zweifel am Judentum der Äthiopier würden ebenso geäußert wie befürchtet werde, dass sie sich der neuen Umgebung nicht anpassen könnten, wie staatliche Stellen argumentierten. Erst der Druck, der von der US-amerikanischen Vereinigung der Äthiopischen Juden (American Association of Ethiopian Jews, AAEJ) ausgeübt wurde, gab schließlich den Ausschlag. Tannenbaum unterstrich, dass der moderne Zionismus, und damit die offiziellen israelischen Stellen, zwar ethnisch argumentierten, wenn es um Einwanderung gehe, die Frage der Hautfarbe aber nicht thematisiert werde. Durch die Intervention der AAEJ wurden die Einwanderungsbehörden damit konfrontiert, dass gefordert wurde, diese Gruppe in die Nation zu inkludieren, um zu beweisen, dass der Zionismus „color blind“ sei.

Anders gestalten sich der Einfluss und die Integration der russischen Einwanderer. Die

Anthropologin und Soziologin JULIA LERNER (Be'er Sheva) untersuchte die religiösen Bindungen dieser Gruppe nach ihrer Ankunft in Israel. Es sei erwartet worden, dass diese Bevölkerungsgruppe die Zahl an Säkularen verstärken würde aufgrund einer fehlenden Bindung an das religiöse Judentum durch ihr Leben in der Sowjetunion. Lerner fand durch ihre empirischen Untersuchungen 20 Jahre nach der Einwanderung allerdings ein völlig anderes Bild vor. Ein Drittel der Einwanderer bezeichneten sich heute als religiös, verbunden in den meisten Fällen mit einem starken Engagement in den religiösen Gemeinden. Sie gehörten orthodoxen, nicht orthodox jüdischen und auch christlichen Religionsgemeinschaften an. Diese Religiosität diene in vielen Fällen dem Nachweis und der Möglichkeit der Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv. Die enge Verzahnung zwischen religiösem Bekenntnis und Staatsangehörigkeit in Israel erkläre diese Reaktion, sie erkläre allerdings nicht die Hinwendung zum ultraorthodoxen Judentum als einer marginalisierten Gruppe und zu verschiedenen christlichen Denominationen einschließlich Evangelikaler Bekenntnisse, so Lerner. Der Beitritt zu solchen Religionsgemeinschaften mit rigiden Verhaltensregimes deutete sie als die Suche nach einer Gemeinschaft als Reaktion auf die Erfahrung der Migration. Einer Gemeinschaft angehören zu wollen sei ein Phänomen, das auch in anderen Migrationsgruppen weltweit zu finden sei.

Auf die Widersprüche und die Zufälligkeiten, die den öffentlichen Umgang mit nichtjüdischen Einwanderern charakterisierten, ging der Soziologe ZEEV ROSENHEK (Tel Aviv) in seinem Beitrag ein: Ausgehend von einer ethnisch-nationalen Definition von Zugehörigkeit lebten diese Immigranten, die entweder als Arbeitskräfte oder als Flüchtlinge ins Land gekommen seien, in einem Zustand ständiger Bedrängnis. Als Ausgebeutete auf dem Arbeitsmarkt mit einem prekären rechtlichen Status seien sie und ihre Familien ständig bedroht von Festnahme und Abschiebung. Begleitet werde diese Politik durch einen öffentlichen Diskurs der Degradierung, als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und als „terroristische Gefahr“. Dennoch seien seit 2004 bedeutende Verbesserun-

gen im Status dieser Einwanderungsgruppe erreicht worden: So würden durch einen interministeriellen Erlass den Kindern von Migranten die Möglichkeit eröffnet, die Staatsbürgerschaft zu erhalten, wenn „sie sich in die israelische Nation und Kultur assimiliert“ hätten. Rosenhek deutete dies als eine Frikation in dem ethnisch-nationalen Regime von Staatszugehörigkeit in Israel. Er erkenne darin eine Tendenz, die Probleme von einer praktisch professionellen Seite zu lösen. Für Israel gelte, so seine Schlussfolgerung, dass im Unterschied zu Deutschland nicht der normative Anspruch der Gültigkeit von universellen Menschenrechten für alle Zugewanderten den Ausschlag gäbe, um für die Rechte der Migranten zu werben. Vielmehr lägen die Chancen einer integrativen Migrationspolitik, die den Einwanderern die soziale und politische Teilhabe garantieren könne, in dieser Tendenz zu praktischen Problemlösungen.

Auf die Entwicklung in Deutschland ging die Zeithistorikerin DOROTHEE WIERLING (Hamburg) ein. In ihrem Vortrag stellte sie die Entwicklung nach der Vereinigung dar: Nicht nur trafen nach 1990 zwei politische Kulturen in Deutschland aufeinander, es kamen auch aus Osteuropa und besonders aus der ehemaligen Sowjetunion Flüchtlinge, die mit dem Label ethnischer Zugehörigkeit einreisen durften. Allerdings garantierte dies keineswegs die Eingliederung im Alltag, eher blieben sie kulturell ihrer Herkunft verhaftet und würden auch so wahrgenommen. Sie leitete daraus die weitergehende These ab, dass eher sozialer Status und Klassenzugehörigkeit über die Chancen sozialen Aufstiegs entschieden. So würden Deutsche türkischer Herkunft auch in der zweiten Generation als zur Unterschicht zugehörig definiert. Wie Aufstiegschancen gewährt bzw. verweigert werden, konnte MEHMET DAIMAGÜLER (Berlin) aus eigener Anschauung berichten. Er erkämpfte sich als Deutscher türkischer Herkunft gegen alle Zuschreibungen und Behinderungen seinen Weg als Rechtsanwalt und Politiker. In der deutschen politischen Kultur werde, so die These Wierlings auf die ethnische Begründung von Ausschlüssen und Diskriminierungen, wie sie zuletzt von Sarrazin versucht wurden, mit Aversion reagiert. Nach 2001 habe sich vielmehr

eine kulturalistische Definition von Zugehörigkeit über den Begriff der „Leitkultur“ gegenüber dem als fremd diagnostizierten Islam herausgebildet. Allerdings werde in Deutschland mittlerweile nicht nur im (urbanen) Alltag die Vielfältigkeit, die die Einwanderer mit sich brachten, auch normativ akzeptiert. Wie tragfähig dieses Selbstbild einer offenen Gesellschaft allerdings sei, so fragte Wierling am Ende ihres Vortrags, sei angesichts des Versagens staatlicher Stellen gegenüber den nazistischen Terrorangriffen wieder zweifelhaft geworden.

Ein signifikantes Beispiel der Wandlung für die deutsche Nachkriegskultur stellte der deutsch-kanadische Soziologe MICHAL BODEMANN (Toronto) am Beispiel der in Deutschland lebenden Juden vor: Als randständige Gruppe stellten sie bis 1989 die „guardians of memory“ dar, von der deutschen Mehrheitsgesellschaft als Indiz für ein erneuertes Nachkriegsdeutschland angesehen, spielten sie in der Lebensrealität kaum eine Rolle. Erst die Einwanderer aus der Sowjetunion hätten zu einer Renaissance jüdischen Lebens auch im Alltag geführt. Ein neues Verständnis von Multikulturalität und ein Generationenwechsel hätten zu einer größeren Sichtbarkeit jüdischen Lebens, seiner Kultur und zur Wiederbelebung der Religion geführt. Außerdem, und das ist wohl der deutlichste Veränderung, sei es zu türkisch-muslimischen- jüdischen Allianzen gekommen, wenn es um die Fragen von Diversität und Minoritätenpolitik gehe.

Die Konferenz machte deutlich, wie die großen Erzählungen der beiden Gesellschaften, die eines demokratisch gewandelten und weltoffenen Nachkriegsdeutschlands auf der einen Seite und einer ethnisch begründeten jüdischen Nation auf der anderen, in ihren sozialen Praktiken und durch ihre Regimes der Inklusion und Exklusion immer wieder unterlaufen und in Frage gestellt bzw. erneuert werden.

Konferenzübersicht:

Keynote

Rainer Ohliger, Network Migration in Europe, Berlin: Immigration, Belonging and Cultural Diversity: Israel and Germany in a Comparative Perspective

Discussant: Yossi Yonah, Ben Gurion University of the Negev

Session I: Israel and Germany: Questions of National Identity in Changing World Israel and Germany: from ethnic to civic nationalism

Chair: Gabriel Motzkin, Van Leer Institute of Jerusalem

Dorothee Wierling, University of Hamburg: The Case of Germany: from ethnic community to multicultural society after 1989?

Michal Bodemann, University of Toronto, Berlin Office: Ideological Labour and Diaspora: Jews in Germany after the Shoah

Zeev Rozenhek, The Open University Tel Aviv: Russian Immigrants in Israel: Constant Diaspora

Session II: Migration, Integration, multiculturalism and xenophobia

Chair: Marianne Zepp, Heinrich Boell Foundation

Mehmet Gürcan Daimagüler: German-Turkish Identity today

Julia Lerner, Ben Gurion University of the Negev: Post-Soviet Immigrant Religiosity in Israel

Chen Tennbaum, Ben Gurion University of the Negev: Israel's immigration policy and Ethiopian Jews: Between Race and Cultural difference

Tagungsbericht *Transnational Migration and Multiculturalism. The Case of Israel, Germany and Europe*. 28.11.2011-29.11.2011, Tel Aviv, in: H-Soz-u-Kult 06.02.2012.